



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/15 - 18.1.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Wehrverfassung widerspricht Grundgesetz	S. 1
Die Verteidigung Skandinaviens	S. 3
Liquidierung auf kaltem Wege	S. 5
Unternehmer und KP	S. 6

## Die Feststellungsklage

(sp) Die sozialdemokratische Ankündigung einer Feststellungsklage beim Verfassungsgericht hat ihren Ausgangspunkt in der von der SPD von Anfang an in der Frage der Wehrverfassung eingenommenen Haltung. Es ist töricht, sie als einen taktischen Schachzug zu werten. Spätestens vom 8. November 1950 an mußte es auch der Bundesregierung bekannt sein, wo die SPD in dieser verfassungsrechtlichen Frage steht. Es war in der 98. Sitzung des Bundestages, als Dr. Schumacher erklärte: "Das Grundgesetz kennt keine Wehrverfassung. Die beiden Argumente e contrario, die der Herr Bundeskanzler aus den Artikeln 26 und vier herausgebracht hat, treffen nicht zu. Diese Artikel sind nichts weiter als zusätzliche Beteuerungen des Friedenswillens. Der Geist des Grundgesetzes hat... das militärische Problem für die Deutschen nicht als existent betrachtet."

Es ist eine zwangsläufige Konsequenz dieser Überzeugung, daß sich die SPD nun an das Verfassungsgericht wendet, nachdem wiederholt bestätigt worden ist, daß die Regierung auch die Wehrverfassung mit einfacher Mehrheit im Bundestag durchpauken will. Nach Ansicht der SPD kommt darin eine Mißachtung oder eine völlig falsche Auslegung der Bestimmungen des Grundgesetzes zum Ausdruck. Der hessische Ministerpräsident Zinn und in der vergangenen Woche der Abgeordnete Dr. Arnät, haben dazu gesagt, was vor der Begründung der Feststellungsklagen zu sagen war.

Wir wollen in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß

im Parlamentarischen Rat trotz der Erörterungen über die Möglichkeiten eines Krieges eine auch nur mittelbare Verankerung der Wehrverfassung im Grundgesetz schon darum nicht möglich war, weil nach dem Willen der westlichen Alliierten und dem Willen der deutschen Gesetzgeber damals die Ziff. 2 der Sektion I der Kontrollratsproklamation Nr. 2 vom 20. 9. 45 bestimmend war, "alle Arten militärischer Propaganda und militärischer Betätigung jeder Natur sind dem deutschen Volk verboten". Unter der Wirkung des Geistes dieser Bestimmung wählte auch das Volk 1949 den ersten Bundestag. Und an diesem Punkt beginnt die Unmöglichkeit der, von der verfassungsrechtlichen zu trennenden, politischen Haltung der Regierung.

Mit ihrer Ansicht, die Entscheidung über unsere Wehrverfassung sei nicht verfassungsändernd, sagt sie doch im Grunde, das Volk habe 1949 das Parlament im Wissen um eine 1952 bevorstehende Entscheidung über Wehrverfassung und Wehrbeitrag gewählt und den gewählten Kandidaten den Auftrag für diese Entscheidung erteilt. Welcher Abgeordnete kann diese Auslegung vor seinen Wählern und vor seinem Gewissen verantworten? Und welcher Parlamentarier könnte bereit sein, mit dieser Auslegung anzuerkennen, daß das Volk in der entscheidendsten Frage seiner Existenz nicht die Staatsgewalt ausübt, die mit dem Artikel 20 des Grundgesetzes dem deutschen Volk garantiert wird? Von der gegenüber unserer parlamentarischen Demokratie todesgefährlichen Möglichkeit, die Prinzipien der deutschen Wehrverfassung in einem internationalen Vertrag festzulegen, bevor das Parlament über diese Verfassung entschieden hat, wollen wir hier gar nicht sprechen. Aber geht es allen in Wahrheit um die Festigung der parlamentarischen Demokratie, dann müßte nicht eine Partei, sondern das Parlament geschlossen für die Ausübung der Staatsgewalt durch das Volk in dieser Frage eintreten.

Es ist geradezu ungeheuerlich, daß überhaupt der Eindruck entstehen konnte, die Regierung solle in Paris die Entscheidung auch über die deutsche Wehrverfassung fällen! Von der Frage der Wehrverfassung abgesehen - ist nicht in unserer Lage überhaupt jede mögliche Außenpolitik immer auch ein Stück Innenpolitik, bestimmt sie nicht den Inhalt unseres Staates? Außen- und Innenpolitik lassen sich vorerst nicht trennen. Die Art aber, wie die Regierung ihre Außenpolitik führt, sagt viel darüber aus, welchen Inhalt sie der Demokratie in Deutschland geben will. Und in der Gestaltung dieses Inhalts scheiden sich wohl die Kräfte nicht nur in verfassungsrechtlichen Fragen.

Schweden machte nicht mit  
Von Karl Kern - 19.1.52

Die Verhandlungen, die vor nunmehr zwei Jahren zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark mit dem Ziele geführt worden sind, einen allianzfreien nordischen Verteidigungsbund zu schaffen, haben sich zerschlagen. Schwedens Haltung, die auf unbedingte Neutralität ausgerichtet gewesen ist, hat sich mit der Atlantik-Orientierung Norwegens und Dänemarks nicht in Übereinstimmung bringen lassen und ist nicht zuletzt in Norwegen heftiger Kritik ausgesetzt worden. Seither haben sich die Ansichten über den Wert eines freistehenden skandinavischen Verteidigungsbundes wesentlich geändert. Vor allem Norwegen zeigt sichtlich Befriedigung über die seit dem Mißlingen des gemeinsamen Verteidigungsplanes eingetretene Entwicklung. Was ist diese merkwürdige Erscheinung zu erklären?

Sowohl Norwegen als auch Dänemark wären beim Ausbau ihrer Streitkräfte und ihrer technischen Rüstungen von der Produktionskapazität und der Kreditfähigkeit Schwedens abhängig gewesen - eines Landes mit nur sieben Millionen Einwohnern und einem unter Arbeitskraftmangel leidenden Produktionsapparat mit an und für sich begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten. Während der Besprechungen über den gemeinsamen skandinavischen Verteidigungsplan war es offenbar geworden, daß es so etwas wie eine funktionsfähige norwegische und dänische Wehrmacht überhaupt nicht gebe und daß es gelte, die Verteidigung dieser beiden Länder vom Grunde aufzubauen. Nicht nur der Umfang der Aufgabe, sondern auch das notwendig gewordene Tempo ihrer Lösung hätte die Kraft der drei skandinavischen Länder beträchtlich überstiegen, wie sich jetzt zeigt.

Die wirklichen Schwierigkeiten gehen, abgesehen von der selbständigen Neutralitätspolitik Schwedens, aus dem Aufwand hervor, den der Aufbau der Verteidigung Dänemarks und Norwegens jetzt beansprucht. Das norwegische Verteidigungsbudget für die nächsten drei Jahre wird 2,5 bis 3 Mrd. Kronen betragen, das dänische wird sich auf ebenfalls 3 Mrd. belaufen. Dennoch sind diese im Budget vorgesehenen Ausgaben nur ein Drittel der tatsächlichen; die USA werden mit ungefähr je 7 Mrd. in Material und Valuten beitragen. Niemals wären die skandinavischen Länder bei noch so einheitlichem Vorgehen imstande gewesen, diese unbeding. notwendigen Ausgaben aus eigenem aufzubringen.

Das aber hätte von vornherein die praktische Entwertung aller in diesem engeren Rahmen möglich gewesenen Verteidigungsmaßnahmen bedeutet. Selbst mit amerikanischer Unterstützung wird Dänemark bei einer Verlängerung der Dienstzeit auf 18 Monate, gleichwie Norwegen, nur zwei Bereitschaftsbrigaden (eine Division) unterhalten können. Dieses Mindestmaß ist angesichts der exponierten Lage besonders Dänemarks wenig genug. Es wäre jedoch innerhalb einer gemeinsamen skandinavischen Verteidigung nie erreicht worden.

Schweden, das heute schon über eine der stärksten und schlagkräftigsten Armeen und Flotten Westeuropas verfügt, baut seinen Verteidigungsapparat zielbewußt und unter großen Opfern auch weiterhin aus. Seine Neutralitätspolitik ist keineswegs eine Politik der Schwäche; sie ist eine Politik demokratischer Entschlossenheit.

+ + +

#### Internationales sozialistisches Archiv

(sp) Dem Internationalen Institut für soziale Geschichte in Amsterdam wurde vom Generalrat der Sozialistischen Internationale das Archiv der Internationale zur treuen Bewahrung übergeben. Das äußerst wertvolle Archiv befand sich bis zum Ausbruch des Krieges in Brüssel. Noch vor der Besetzung Belgiens durch das Dritte Reich wurde es in verschiedenen Orten Frankreichs und Belgiens untergebracht. Die Gestapo entdeckte zwar einige Versteckorte, doch gelang es in den Nachkriegsjahren, die wertvollsten Bestände wieder zu sichern.

Das Amsterdamer Institut für soziale Geschichte enthält neben dem Marx-Engels-Institut in Moskau die wichtigste Forschungsquelle für die Geschichte des internationalen Sozialismus. Seit die Stalinisten dazu übergegangen sind, Marx' Zitate zu verfälschen oder auszulassen, hat dieses einst berühmte Marx-Engels-Institut viel an Wert verloren. Das Amsterdamer Institut für soziale Geschichte wurde 1934 von der holländischen Arbeiterbank gegründet, die Stadt Amsterdam stellte ein großes Gebäude zur Verfügung. In der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens gelang dem Institut derwerb von Originalbriefen und Manuskripten von Engels, Marx, Moses Hess, Bebel, Liebknecht, Kautsky, Axelrod und anderen bedeutenden sozialistischen Führern, deren Wirken in der Geschichte des Sozialismus unauslöschliche Spuren hinterlassen hat.

Das Archiv enthält über 300.000 Bände und bezieht etwa 700 Zeitungen und Zeitschriften. Die Zusammenlegung beider Archive bedeutet eine große Bereicherung einer Forschungsstätte, die in ihrer Art einmalig in der Welt ist.

+ + +

Angriff auf die Ostberliner SPD

Von Willy Brandt, Berlin (MdB)

Es gehört zu den Besonderheiten der Berliner Lage, daß die SPD im Ostsektor legale Kreisorganisationen aufrechtzuerhalten vermochte, während die Sozialdemokratie in der Sowjetzone schon 1946 in die Illegalität gedrängt wurde. Die Sozialdemokraten des Berliner Ostsektors sind jedoch zahlreichen Behinderungen und Schikanen ausgesetzt gewesen, und gerade in diesen Tagen sehen sie sich einem neuen Angriff gegenüber, der sie aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwinden lassen soll: Man nimmt ihnen ihre Kreisbüros.

Der Ostsektor besteht aus acht Kreisen. In sechs dieser Kreise hat man der SPD ihre Büros zum 1. Februar gekündigt, und es ist zu erwarten, daß auch in den beiden restlichen Verwaltungsbezirken noch Vorwände für eine plötzliche Kündigung gefunden werden. Die Anweisungen kommen von oben, und die lokalen Wohnungsämter geben sie mit möglichst unpolitischer Begründung weiter.

Nachdem sich die Berliner Sozialdemokraten in den Westsektoren 1946 mit überwältigender Mehrheit gegen den Zusammenschluß mit den Kommunisten ausgesprochen hatten (im Ostsektor wurde die Urabstimmung verhindert), kam eine Verordnung der vier Besatzungsmächte zustande, durch die der SPD einerseits und der in SED umgetauften KP andererseits das politische Wirken in allen vier Sektoren genehmigt wurde. Diese Verordnung der Kommandantur aus dem Jahre 1946 bietet bis auf den heutigen Tag die rechtliche Grundlage für die legale Existenz der sozialdemokratischen Organisation im Sowjetsektor.

Die Kommunisten haben es nicht an Anstrengungen fehlen lassen, um die Tätigkeit der SPD im Ost-Sektor immer mehr eintrocknen zu lassen. Die Sozialdemokraten durften im Ost-Sektor keine öffentliche Versammlung mehr durchführen, sie durften keine Schriften verbreiten. Aber sie hielten ihrer Partei die Treue und konnten sich auf das Vertrauen der Bevölkerung stützen.

Andererseits verfügen die SED-Leute weiterhin über zahlreiche Büros in den West-Sektoren, nicht nur Kreisbüros, sondern auch

Parteiheime für sehr viel kleinere Wohnbezirke. Tatsache ist aber auch, daß die Kommunisten in West-Berlin die während der Blockade erlittene Schlappe nie wieder haben aufholen können. Sie stützen sich auf einen umfangreichen Apparat, aber dahinter steht keine echte Organisation. Darum mag einigen Oberstrategen der Gedanke gekommen sein, daß es politisch vorteilhafter wäre, auf eine legale Tätigkeit in den West-Sektoren überhaupt zu verzichten - die Schwäche der kommunistischen Positionen wäre dann schwerer nachzuweisen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Angriff auf die Ost-Berliner SPD im Zusammenhang mit solchen Überlegungen der SED-Führung gesehen werden muß. Das würde bedeuten, dass die Verordnung aus dem Jahre 1946 in aller Form durchbrochen werden soll.

Man darf aber auch einen Zusammenhang mit dem Problem gesamtdeutscher und gesamtberliner Wahlen vermuten. Die Kommunisten haben sich mit allen möglichen Scheinargumenten gegen den Vorschlag gewandt, freie Wahlen in allen Sektoren Berlins als ersten Schritt der Wiedervereinigung Deutschlands durchzuführen.

Solange die SPD einerseits und die SED andererseits in allen vier Sektoren über legale Parteiorganisationen verfügen, wäre es jeden Tag möglich, ohne weitere Schwierigkeiten aufgrund der am 20. Oktober 1946 praktizierten Wahlordnung freie Wahlen in ganz Berlin auszuschreiben. Vielleicht ist es den Drahtziehern im SEDistischen Politbüro gerade darum zu tun, daß diese gesamtdeutsche Chance zunichte gemacht wird.

+ + +

#### Unternehmer schützen Kommunisten

(sp) Seit einigen Jahren bemühen sich die Gewerkschaften und die SPD um die Ausschaltung des kommunistischen Einflusses in Politik und Wirtschaft im Bundesgebiet. Ihrer intensiven Arbeit ist es zu danken, daß die KP fast zur Bedeutungslosigkeit herabsank. Dieses Bemühen hat von industrieller Seite nicht nur keine Unterstützung gefunden, es ist sogar immer wieder torpediert worden. Erinnerung sei an die illegalen Interzonen-Geschäfte, besonders an die

Berliner Stahlschieberei, die eine der Finanzquellen für die Wahlarbeit der KP in der Bundesrepublik abgaben. Die politische Vertretung dieser Unternehmerkreise, CDU und FDP, haben sich trotzdem nicht geschämt, gerade die Gewerkschaften und die parlamentarische Opposition immer wieder fälschlich der brüderlichen Verbundenheit mit den Kommunisten zu bezichtigen, und ihren Kampf um soziale Verbesserungen im Bundesgebiet als kommunistisch inspiriert zu diffamieren.

Hier nun ein neues Beispiel brüderlicher Verbundenheit zwischen Unternehmern und KP. Es zeigt, daß die politische Vermunft der Unternehmer zum Teufel geht, wenn ihre geschäftlichen Interessen in Gefahr geraten.

Im Hüttenwerk Huckingen AG. ist noch aus der Zeit, da die Kommunisten sich demokratisch gebärdeten und selbst in den Bundesländern Minister stellten, ein agiler Kommunist namens Ginkel als Arbeitsdirektor tätig. Er hat es verstanden, einen großen Teil der Beschäftigten des Betriebes am kommunistischen Fahnenschwanz zu halten. Die Gewerkschaften beantragten in der letzten Aufsichtsratsitzung seine Entlassung.

Ginkel, dem dieser Antrag der Gewerkschaften vorher bekannt wurde, hatte allen Aufsichtsratsmitgliedern schriftlich zu bedenken gegeben, daß seine Entlassung den künftigen Ost-West-Handel des Werkes ungünstig beeinflussen könne. Vor diesem Argument anscheinend und im Verein mit der Rücksicht auf KP-zugehörige Belegschaftsmitglieder haben sämtliche Unternehmervertreter kapituliert. Insbesondere haben sich der bisherige Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Weitz (CDU), der Direktor dieses früheren Mannesmann-Werkes, Gobbers, (CDU), und der Direktor Klein schützend vor den KP-Mann gestellt. Es ist eben ein anderes, ob es um politische Notwendigkeiten, insbesondere hinsichtlich der Diffamierung der Gewerkschaften und der SPD geht, oder um das Geschäft. Entscheidend für diese Herren sind und bleiben die Prozente - nicht an politischer Potenz und Wählerstimmen - sondern an Dividenden aus einem guten Geschäft.